

23.05.2016 - 14:37 Uhr

DZV: Deutsches Krebsforschungszentrum und WAT müssen Interessenkonflikte offenlegen - Süddeutsche Zeitung deckt Skandal bei Suchtmedizinern auf

Berlin (ots) -

Der Deutsche Zigarettenverband DZV hat im Skandal um die geschäftlichen Verbindungen von Suchtmedizinern zur Pharmaindustrie die Offenlegung aller Interessenkonflikte beim Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) und dem Wissenschaftlichen Aktionskreis Tabakentwöhnung e.V. (WAT) gefordert. Die Süddeutsche Zeitung hatte in ihrer Ausgabe vom 18. Mai 2016 über enge geschäftliche Verbindungen von Suchtmedizinern des WAT e.V. und dem Pharmakonzern Novartis berichtet. Danach wurde der WAT e.V. nach Angaben der PR-Firma Klinksiek im Auftrag von Novartis Consumer Health gegründet. Novartis stellt Suchtentwöhnungsprodukte her. Seit 2013 will der WAT e.V. mit Klagen auf dem Rechtsweg erreichen, dass die Nikotinersatztherapie und psychotherapeutische Entwöhnungskurse künftig von den Krankenkassen bezahlt werden. Er lehnt in Übereinstimmung mit dem DKFZ den Einsatz von elektronischen Zigaretten zur Tabakentwöhnung ab. Die Leiterin des "WHO-Kollaborationszentrums für Tabakkontrolle" beim DKFZ, Dr. Martina Pötschke-Langer, ist wissenschaftliches Mitglied der Novartis-Gründung WAT e.V. Zudem veröffentlicht das DKFZ in Zusammenarbeit mit WAT e.V. einen regelmäßigen Newsletter zur Tabakentwöhnung.

DZV-Geschäftsführer Jan Mücke zeigte sich empört über die engen Verflechtungen zwischen dem DKFZ, dem Wissenschaftlichen Aktionskreis Tabakentwöhnung und der Pharmaindustrie. "Wissenschaftliche Einrichtungen zur Tabakkontrolle und Suchtmedizin müssen jeden Anschein von Interessenkonflikten vermeiden. Ich fordere deshalb volle Transparenz über die Zusammenarbeit von DKFZ, WAT und Pharmaindustrie. Die wissenschaftliche Bewertung von risikoreduzierten Erzeugnissen für Raucher wie der elektronischen Zigarette muss völlig frei von wirtschaftlichen Erwägungen der Pharmaindustrie erfolgen", sagte Mücke gestern in Berlin. Im Mittelpunkt der Bewertung neuartiger, risikoreduzierter Tabakerzeugnisse, elektronischer Zigaretten und von Ersatzprodukten müsse die Minimierung gesundheitlicher Risiken für Raucher stehen und nicht das geschäftliche Interesse der Hersteller von Nikotinplaster. "DKFZ und WAT müssen den Nachweis erbringen, dass ihre Arbeit völlig frei von den Einflüsterungen der Pharmaindustrie ist. Sonst erscheint die regulative Gleichstellung von Tabakzigaretten und elektronischen Zigaretten in einem bedenklichen Licht."

Das von der Bundesregierung geplante Totalwerbeverbot für Tabakerzeugnisse soll gleichermaßen auch für elektronische Zigaretten Anwendung finden. Damit würde auch für diese risikoreduzierten Erzeugnisse die Plakatwerbung untersagt und Werbung im Kino faktisch verboten werden. Der Markteinstieg dieser Produkte würde wesentlich erschwert und ein Umstieg für bisherige Tabakraucher erheblich behindert werden.

Der Deutsche Zigarettenverband versteht sich als zentraler Ansprechpartner für Politik, Wirtschaft und Medien rund um das Thema Rauchen und Zigarette. Der DZV ist einer von 37 Mitgliedsverbänden des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. (BDI). Die im DZV vertretenen Mitgliedsfirmen repräsentieren einen Marktanteil von rund 60 % im deutschen Markt. Sie treten einig und im Bewusstsein ihrer Verantwortung für die Interessen der Zigarettenindustrie in Deutschland ein. Der DZV versteht sich auch als Interessenvertreter für die rund 20 Millionen Konsumenten von Tabakprodukten in Deutschland. Wir wollen ein respektvolles Miteinander von Rauchern und Nichtrauchern fördern. Wir glauben, dass mit gegenseitiger Rücksichtnahme und Toleranz viel erreicht werden kann.

Kontakt:

Deutscher Zigarettenverband (DZV)
Jan Mücke
Geschäftsführer
Unter den Linden 42
10117 Berlin
Tel. +49 (30) 88 66 36 - 100
Fax +49 (30) 88 66 36 - 111
info@zigarettenverband.de
www.zigarettenverband.de